



Für ein Verbot der „Identitären“. Umsetzung der Verfassung jetzt!

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ&LINKS, GRÜNE Margareten und SPÖ Margareten stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.09.2026 folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für ein Verbot der rechtsextremen „Identitären“ sowie dafür aus, dass die zuständigen staatlichen Stellen, insbesondere das Bundesministerium für Inneres, dem in Artikel 9 des Staatsvertrags von Wien verankerten antifaschistischen Auftrag der Republik nachkommen und „Organisationen faschistischen Charakters“ nicht dulden.

Die Bewohner:innen in Margareten sind direkt betroffen, da der Treffpunkt der Gruppierung in unserem Bezirk liegt und das Leben von Anrainer:innen durch Pöbeleien, Schlägereien vor dem Lokal und Angst machende Auftritte von Mitgliedern der „Identitären“ beeinträchtigt ist.

Begründung

Im Artikel 9, Ziffer 1 des österreichischen Staatsvertrags, der Verfassungsrecht und bindendes Völkerrecht ist, ist festgelegt, dass Österreich verpflichtet ist, „alle nationalsozialistischen Organisationen aufzulösen“ und alle Spuren des Nazismus zu beseitigen. Das ist auch im NS-Verbotsgesetz festgelegt. Doch Ziffer 2 umfasst auch die Auflösung von „Organisationen faschistischen Charakters“, welche „irgendeine den Vereinten Nationen feindliche Tätigkeit entfalten oder welche die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte zu berauben bestrebt sind“.

Die „Identitären“ vertreten beispielsweise das „Konzept“ der sogenannten „Remigration“, also der Deportation eines großen Teils der Bevölkerung, was gegen die antifaschistischen Verpflichtungen im Staatsvertrag verstößt. Eine Organisation, „welche die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte zu berauben bestrebt ist“ trifft wohl zu, wenn ein Gutteil – namentlich der Wiener – Bevölkerung von einer Deportationsdrohung betroffen ist.

Der Verfassungsexperte Heinz Mayer schreibt in einem neuen Gutachten, das das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und das oberösterreichische Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Auftrag gegeben haben, dass die verfassungsrechtliche Verpflichtung nur „bruchstückhaft“ erfüllt sei.

Auch das Propagieren der sogenannten „Volksgemeinschaft“, die zwischen Angehörigen dieser Volksgemeinschaft und allen anderen Bevölkerungsteilen diskriminierende Grenzen ziehen will ist Merkmal von faschistischer Politik.

Konsequenter Weise fordert auch der Leiter des DÖW, Andreas Kranebitter das Verbot der Identitären. „Nicht nur die Demo, sondern die Identitären als solche sollten verboten werden“, sagte er im APA-Sommerinterview.

Zahlreiche zuletzt bekanntgewordene Vorfälle - eine Attacke auf einen Leobner Taxifahrer und Schlägereien vor dem Parlament und dem „Identitärenkeller“ in Wien-Margareten - zeigten, dass sie „schamloser“ geworden seien und sich weniger versteckten.

„Es entlarvt aber auch ihr eigenes Narrativ. Diese Idee, dass Neurechte nichts mit Gewalt zu tun hätten, ist einfach immer schon falsch gewesen. Die Identitären sind nicht gewaltfrei. Und sie sind auch nicht neu rechts, sie sind rechtsextrem und gewaltaffin.“ Andreas Kranebitter weiter.

Für KPÖ & LINKS Margareten

Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

BR Camilla Gerstner

BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Büro des Bezirksvorstehers für den 5. Bezirk

03. SEP. 2026

S
Zahl:

Beilage: 223-2026 - 45